

# **Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)**

Schwennicke / Auerbach

4. Auflage 2021  
ISBN 978-3-406-72455-8  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit:

über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](http://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schwennicke/Auerbach  
Kreditwesengesetz

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG)

## Kommentar

Herausgegeben und bearbeitet von

**Dr. Andreas Schwennicke**

Rechtsanwalt und Notar in Berlin

**Dirk Auerbach**

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in  
Frankfurt a.M./Zürich

Bearbeitet von

*Dr. Till Brocker*, Rechtsanwalt in Berlin; *Francesco Capasso*, M.Sc. in Wiesbaden; *Jan Philipp Clever*, Diplom-Volkswirt in Frankfurt a.M.; *Dr. Kirsten Donner*, Rechtsanwältin in Berlin; *Dr. Achim Döser*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Joachim Habetha*, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a.M.; *Marcel Hannemann*, Diplom-Kaufmann in Frankfurt a.M.; *Dr. Christian Herweg*, LL.M., Rechtsanwalt in München; *Josefine Holl*, M.Sc. in Frankfurt a.M.; *Michael Kohl*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Renata Kohlheim*, Richterin am Amtsgericht, Amtsgericht Hanau; *Markus Langen*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Barbara Musiol*, Magister der Rechtswissenschaften in Frankfurt a.M.; *Dr. Thomas Reimann*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Diplom-Kaufmann in Frankfurt a.M.; *Dr. Jens Rinze LL.M.*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Thomas Spies*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Christina Stappert*, Wirtschaftsprüferin in Frankfurt a.M.; *Rainer Süßmann*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.; *Dr. Charlotte Willemer*, Rechtsanwältin in Frankfurt a.M.

4. Auflage, 2021



  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 72455 8

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck, Bindung und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

  
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 4. Auflage

Seit dem Erscheinen der 3. Auflage im Februar 2016 haben sich erneut umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben.

Die Kommentierungen berücksichtigen insbesondere die Änderungen durch das Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz vom 30. Juni 2016, das FSMA-Neuordnungsgesetz vom 23. Dezember 2016, das Finanzaufsichtsergänzungsgesetz vom 6. Juni 2017, das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz vom 23. Juni 2017, das Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom 23. Juni 2017, das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie vom 17. Juli 2017, das Gesetz zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze vom 10. Juli 2018, das Gesetz zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013 vom 18. Dezember 2018, das zweite Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU vom 20. November 2019, das Gesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-GeldwäscheRL vom 12. Dezember 2019 und das Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie vom 12. Dezember 2019.

Das KWG wurde nunmehr in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) kommentiert, das ZAG in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2602). Von der erneuten Kommentierung des FKAG wurde abgesehen.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis März 2020 berücksichtigt, in Einzelfällen darüber hinaus.

Aus dem Kreis der Bearbeiter ausgeschieden sind Dr. Dirk Ellerkmann, Dr. Detlef Haß, Petra Adelt, Christian Eicke, Hendrik Häußler, Thomas Grol, Verena Anders, Karolin Schriever, Daniela Klotzbach, Jutta Kempers, Götz E. Fischer sowie Simone Hentschel. Neu hinzugekommen sind in der 4. Auflage die Bearbeiter Barbara Musiol, Josefine Holl, Marcel Hannemann, Jan Philipp Clever, Francesco Capasso und Christina Stappert.

Berlin und Frankfurt am Main, im September 2020  
Dirk Auerbach

Andreas Schwennicke

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



## Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage im Februar 2013 haben sich erneut umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben. Das seinerzeit noch vor der Verabschiedung stehende CRD IV-Maßnahmenpaket der EU hat einschneidende Änderungen des Bankaufsichtsrechts mit sich gebracht, die durch die Umsetzung der neuen Bankenrichtlinie 2013/36/EU (CRD IV) mit dem CRD IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 (BGBl. I, 3395) und durch die unmittelbar geltende Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) mit Bestimmungen über die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und die Liquidität Eingang in die deutsche Rechtsordnung gefunden haben. Daneben hat der durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 geschaffene einheitliche Aufsichtsmechanismus die Zuständigkeit für die Beaufsichtigung großer Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank übertragen.

Die Kommentierungen des KWG, des ZAG und erstmals des neuen FKAG berücksichtigen neben den Änderungen durch die neue Bankenrichtlinie insbesondere die Änderungen durch das EMIR-Ausführungsgesetz vom 13. Februar 2013 (BGBl. I, 174), das Gesetz zur Umsetzung der geänderten Finanzkonglomerate-Richtlinie 2011/89/EU vom 27. Juni 2013 (BGBl. I, 1862), das AIFM-Umsetzungsgesetz vom 4. Juli 2013 (BGBl. I, 1981), das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen vom 7. August 2013 (BGBl. I, 3090), das Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes vom 15. Juli 2014 (BGBl. I, 934), das Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I, 2085) und das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/59/EU (BRRD-Umsetzungsgesetz) vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I, 2091).

Das KWG wurde nunmehr in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015 (BGBl. I, 434) kommentiert, das ZAG in der Fassung der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, 1474). Das seit dem 19. Juli 2013 für Finanzkonglomerate geltende FKAG wird in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015 (BGBl. I, 434) kommentiert.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis Juli 2015 berücksichtigt, in Einzelfällen darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt am Main, im Dezember 2015  
Dirk Auerbach

Andreas Schwennicke

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 2. Auflage

Seit Erscheinen der 1. Auflage im Juli 2009 haben sich umfangreiche Änderungen der kommentierten Vorschriften ergeben.

Das KWG wurde in der 1. Auflage in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2009 vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2794) kommentiert. Der Kommentierung der 2. Auflage liegt die Fassung des KWG mit den Änderungen durch das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 206) zu Grunde. Die Kommentierung berücksichtigt insbesondere die fortentwickelten Regelungen zur Eigenmittelausstattung von Instituten in § 10 KWG, die Neufassung der Geldwäscheregelungen in den §§ 25b ff. KWG, die neuen Regelungen zu Verbriefungen in den §§ 18a, 18b KWG, die umfassenden Änderungen in der SolvV, GroMiKV und den MaRisk sowie die Vorgaben zum Thema Bankensanierung in den §§ 48a ff. KWG. Die Änderungen in § 2 KWG durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2010/73/EU und zur Änderung des Börsengesetzes vom 26. Juni 2012 (BGBl. I S. 1375) konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Für die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten gilt seit 30. Juni 2009 das Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (ZAG), das seit dem 30. April 2012 auch das E-Geld-Geschäft regelt und in dieser Auflage in der Fassung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) erstmals mitkommentiert wird.

Das KWG steht im Zuge der anstehenden Umsetzung des zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht verabschiedeten CRD IV-Maßnahmenpakets der EU, mit dem Basel III umgesetzt werden soll, vor tiefgreifenden Änderungen, die dem von der Bundesregierung am 22. August 2012 verabschiedeten Kabinettsentwurf des CRD IV-Umsetzungsgesetzes zu entnehmen sind. Ob der Beratungsprozess auf europäischer Ebene so rechtzeitig abgeschlossen werden kann, dass die CRD IV-Maßnahmen wie geplant zum 1. Januar 2013 in Kraft treten können, erscheint fraglich. Auch ist die Vorlage des Entwurfs eines CRD IV-Umsetzungsgesetzes zu einem Zeitpunkt, zu dem der Inhalt der umzusetzenden CRD IV-Richtlinie noch gar nicht endgültig feststeht, weil er mit der EU-Kommission noch verhandelt wird, fragwürdig, da er eine ausreichende inhaltliche Befassung mit der komplexen Materie durch die Mitglieder des Bundestags und die Öffentlichkeit praktisch unmöglich macht. Ebenso liegen bislang noch keine Entwürfe für die begleitenden Verordnungen (SolvV, GroMiKV und LiqV) vor.

Rechtsprechung und Literatur wurden bis Mai 2012 berücksichtigt, in Einzelfällen auch darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt am Main, im September 2012  
Dirk Auerbach

Andreas Schwennicke

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 1. Auflage

Das KWG von 1961 ist der zentrale rechtliche Rahmen für die Tätigkeit von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten. Es regelt deren Zulassung sowie die Anforderungen an den laufenden Geschäftsbetrieb dieser Institute. Zahlreiche Novellierungen des Kreditwesengesetzes, die im Wesentlichen auf die Umsetzung von EU-Richtlinien zurückzuführen sind, sowie das Bemühen des Gesetzgebers um dem Einzelfall gerecht werdende Regeln haben einen komplexen Regelungsrahmen geschaffen, der für den Anwender zahlreiche Fragen aufwirft. Seit der Neubekanntmachung des KWG in Folge der 6. KWG-Novelle zum 1.1.1998 ist das KWG bis Ende 2008 insgesamt 34 Mal geändert worden, allein im Jahr 2008 sieben Mal. Die immer schnellere Anpassung des KWG durch den Gesetzgeber und die oft nur kursorische Begründung von Änderungen im Gesetzgebungsverfahren erleichtern das Verständnis der Normen nicht. Der vorliegende Kommentar soll einen Überblick über die praxisrelevanten Anwendungsprobleme bieten und den Umgang mit der unübersichtlich gewordenen Materie erleichtern.

Der Kommentierung liegt die seit Inkrafttreten des JahressteuerGes 2009 vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2794) am 25. Dezember 2008 geltende Fassung zu Grunde. Die Änderungen der §§ 2c, 38, 43, 45a und 46a KWG durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2586), die erst zum 1. September 2009 in Kraft treten, sowie das Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie vom 12. März 2009 (BGBl. I, S. 470) und das Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts vom 20. März 2009 (BGBl. I, S. 607) wurden nicht mehr berücksichtigt.

Veröffentlichungen der BaFin, Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende Dezember 2008 berücksichtigt, in Einzelfällen auch darüber hinaus.

Berlin und Frankfurt a.M., im März 2009  
Dirk Auerbach

Andreas Schwennicke

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Autorenverzeichnis

*Dirk Auerbach*  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater  
gw group Frankfurt a.M./Zürich

*Dr. Till Brocker*  
Rechtsanwalt LSP Lindemann  
Schwenicke & Partner Berlin

*Francesco Capasso*  
M.Sc. Insurance & Finance Aareal  
Bank AG Wiesbaden

*Jan Philipp Clever*  
Diplom-Volkswirt  
gw group Frankfurt a.M.

*Dr. Kirsten Donner*  
Rechtsanwältin White & Case LLP,  
Berlin

*Dr. Achim Döser*  
LL.M. (Tulane Univ.) Rechtsanwalt  
King&Spalding LLP Frankfurt a.M.

*Dr. Joachim Habetha*  
LL.M. (EUI) Rechtsanwalt und Notar  
Hogan Lovells International LLP  
Frankfurt a.M.

*Marcel Hannemann*  
Diplom-Kaufmann  
gw group Frankfurt a.M.

*Josefine Holl*  
M.Sc. Risk Management & Treasury  
gw group Frankfurt a.M.

*Dr. Christian Herweg*  
LL.M. (Univ. of Cambridge) Rechts-  
anwalt Hogan Lovells International  
LLP München

*Michael Kohl*  
Rechtsanwalt Weil, Gotshal & Manges  
LLP Frankfurt a.M.

*Dr. Renata Kohlheim*  
Richterin am Amtsgericht,  
Amtsgericht Hanau

*Markus Langen*  
LL.M. (Sydney) Rechtsanwalt  
White & Case LLP Frankfurt a.M.

*Barbara Musiol*  
Magister der Rechtswissenschaften  
gw group Frankfurt a.M.

*Dr. Thomas Reimann*  
Rechtsanwalt, Steuerberater und  
Wirtschaftsprüfer, Diplom- Kaufmann  
gw group Frankfurt a.M.

*Dr. Jens Rinze*  
LL.M. (Exeter) Rechtsanwalt Squire  
Patton Boggs (US) LLP Frankfurt a.M.

*Dr. Andreas Schwennicke*  
Rechtsanwalt und Notar LSP Linde-  
mann Schwennicke & Partner Berlin

*Dr. Thomas Spies*  
Rechtsanwalt und Of Counsel Ernst &  
Young GmbH Wirtschaftsprüfungs-  
gesellschaft Frankfurt a.M.

*Christina Stappert*  
Wirtschaftsprüferin  
gw group Frankfurt a.M.

*Rainer Süßmann*  
Rechtsanwalt BEITEN BURK-  
HARDT Rechtsanwaltsgesellschaft  
mbH Frankfurt a.M.

*Dr. Charlotte Willemer*  
Rechtsanwältin Allen & Overy LLP  
Frankfurt a.M.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



## Bearbeiterverzeichnis

### KWG

§ 1 .....	Schwennicke
§ 1a .....	Auerbach
§ 2 .....	Schwennicke
§ 2a .....	Auerbach/Kempers
§ 2b .....	Schwennicke
§§ 2c und 2d .....	Süßmann
§ 2e .....	Auerbach
§ 3 .....	Schwennicke
§ 4 .....	Süßmann
§ 6 .....	Habetha/Schwennicke
§ 6a .....	Schwennicke
§ 6b .....	Auerbach/Reimann
§ 7 .....	Habetha
§§ 7a bis 7d .....	Schwennicke
§ 8 .....	Habetha
§§ 8a und 8c .....	Schwennicke
§§ 8e und 8f .....	Auerbach
§ 9 .....	Brocke
§ 10 .....	Auerbach
§ 10a .....	Auerbach/Hannemann/Kempers
§§ 10c bis 10e .....	Auerbach
§§ 10f und 10g .....	Auerbach/Capasso
§§ 10h bis 10i .....	Auerbach
§ 11 .....	Auerbach/Musiol/Adelt
§ 12a .....	Auerbach
§ 13 .....	Auerbach
§ 13c .....	Auerbach/Clever/Kempers
§ 14 .....	Auerbach/Hannemann/Adelt
§ 15 .....	Auerbach/Adelt
§ 17 .....	Schwennicke
§ 18 .....	Döser
§ 18a .....	Schwennicke
§ 19 .....	Auerbach
§ 20 .....	Auerbach/Adelt
§ 21 .....	Auerbach
§ 22 .....	Auerbach/Eicke
Vorbem. vor § 22a .....	Rinze/Kohlheim
§§ 22a bis 22o .....	Rinze/Kohlheim
§ 23 .....	Brocke
§ 23a .....	Langen/Donner
§ 24 .....	Süßmann
§ 24a .....	Brocke
§ 24b .....	Auerbach/Spies
§ 24c .....	Döser
§ 25 .....	Auerbach
§§ 25a und 25b .....	Langen/Donner
§§ 25c und 25d .....	Schwennicke

# KWG

§ 25e .....	Langen/Donner
§ 25f .....	Auerbach/Holl/Schriever
§ 25g .....	Brocker
§ 25h .....	Auerbach/Musiol/Hentschel
§§ 25i bis 25m .....	Auerbach/Spies
§ 25n .....	Auerbach/Musiol
§ 26 .....	Auerbach/Stappert
§ 26a .....	Auerbach
§ 28 .....	Schwenicke
§ 29 .....	Auerbach/Stappert
§ 30 .....	Auerbach
§ 31 .....	Brocker
§§ 32 bis 38 .....	Schwenicke
§§ 39 bis 42 .....	Kohl
§ 43 .....	Habetha
§§ 44 und 44a .....	Schwenicke
§ 44b .....	Süßmann
§§ 44c bis 45c .....	Schwenicke
§ 46 .....	Schwenicke/Herweg
§ 46a .....	Schwenicke
§§ 46b und 46c .....	Herweg
Vorbem. vor §§ 46d bis 46h .....	Herweg/Willemer
§§ 46d bis 46h .....	Herweg/Willemer
§§ 47 und 48 .....	Auerbach/Musiol
§ 48t .....	Auerbach/Schriever
§ 48u .....	Auerbach/Holl
§ 49 .....	Schwenicke
§ 51 .....	Süßmann
§§ 51a bis 51b .....	Auerbach/Adelt
§ 51c .....	Auerbach/Holl/Adelt
§ 52 .....	Auerbach
§ 52a .....	Schwenicke
§§ 53 und 53a .....	Auerbach
§§ 53b bis 53d .....	Brocker
§ 53e .....	Süßmann
§ 53f .....	Auerbach
§§ 53g und 53h .....	Auerbach/Eicke
§§ 53i bis 53m .....	Schwenicke
§ 53n .....	Auerbach/Eicke
§§ 53o bis 60d .....	Schwenicke
§§ 61 und 62 .....	Süßmann
§§ 63a und 64 .....	Süßmann
§§ 64e und 64f .....	Schwenicke
§§ 64g und 64h .....	Kempers
§ 64i .....	Auerbach/Adelt
§ 64j .....	Schwenicke
§§ 64k und 64l .....	Donner
§ 64m .....	Auerbach/Musiol
§ 64n .....	Schwenicke
§ 64o .....	Auerbach/Eicke
§ 64p .....	Auerbach/Adelt
§ 64q .....	Schwenicke
§ 64r .....	Auerbach/Reimann

§§ 64s bis 64u .....	Schwennicke
§ 64v .....	Auerbach/Musiol
§ 64w .....	Auerbach/Stappert
§ 64y .....	Schwennicke

**ZAG**

§§ 1 bis 14 .....	Schwennicke
§ 15 .....	Auerbach/Reimann
§ 16 .....	Schwennicke
§§ 16 bis 21 .....	Schwennicke
§ 22 und 23 .....	Auerbach
§§ 24 bis 26 .....	Schwennicke
§ 27 .....	Auerbach
§ 28 .....	Schwennicke
§ 29 .....	Auerbach/Reimann
§§ 30 bis 43 .....	Schwennicke
§ 44 .....	Auerbach/Reimann
§§ 45 bis 60 .....	Schwennicke
§ 61 .....	Auerbach/Reimann
§§ 62 bis 68 .....	Schwennicke

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage .....	V
Vorwort zur 3. Auflage .....	VII
Vorwort zur 2. Auflage .....	IX
Vorwort zur 1. Auflage .....	XI
Autorenverzeichnis .....	XIII
Bearbeiterverzeichnis .....	XV
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis .....	XXIX

## **Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)**

### **Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften**

#### **1. Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsgesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften und gemischte Holdinggesellschaften sowie Finanzunternehmen**

§ 1 Begriffsbestimmungen .....	1
§ 1a Geltung der Verordnungen (EU) Nr. 575/2013, (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) 2017/2402 für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute .....	127
§ 1b (aufgehoben) .....	133
§ 2 Ausnahmen .....	133
§ 2a Ausnahmen für gruppenangehörige Institute und Institute, die institutsbezogenen Sicherungssystemen angehören .....	179
§ 2b Rechtsform .....	199
§ 2c Inhaber bedeutender Beteiligungen .....	200
§ 2d Leitungsorgane von Finanzholding-Gesellschaften und gemischten Finanzholding-Gesellschaften .....	222
§ 2e Ausnahmen für gemischte Finanzholding-Gesellschaften .....	224
§ 3 Verbotene Geschäfte .....	228
§ 4 Entscheidung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht .....	245

#### **2. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht**

§ 5 (aufgehoben) .....	247
§ 6 Aufgaben .....	247
§ 6a Besondere Aufgaben .....	268
§ 6b Aufsichtliche Überprüfung und Beurteilung .....	273
§ 7 Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank .....	283
§ 7a Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission .....	298
§ 7b Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung .....	300
§ 7c Zusammenarbeit mit dem Europäischen Bankenausschuss .....	306
§ 7d Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken .....	306
§ 8 Zusammenarbeit mit anderen Stellen .....	307
§ 8a Besondere Aufgaben bei der Aufsicht auf zusammengefasster Basis .....	325
§ 8b (aufgehoben) .....	331
§ 8c Übertragung der Zuständigkeit für die Aufsicht über Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen, gemischte Finanzholding-Gruppen und gruppenangehörige Institute .....	331
§ 8d (aufgehoben) .....	335
§ 8e Aufsichtskollegien .....	335
§ 8f Zusammenarbeit bei der Aufsicht über bedeutende Zweigniederlassungen .....	339

# Inhaltsverzeichnis

§ 9 Verschwiegenheitspflicht .....	344
<b>Zweiter Abschnitt. Vorschriften für Institute, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen, gemischte Finanzholding-Gruppen und gemischte Holdinggesellschaften</b>	
<b>1. Eigenmittel und Liquidität</b>	
§ 10 Ergänzende Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen; Verordnungsermächtigung .....	362
§ 10a Ermittlung der Eigenmittelausstattung von Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen; Verordnungsermächtigung .....	392
§ 10b (aufgehoben) .....	434
§ 10c Kapitalerhaltungspuffer .....	434
§ 10d Antizyklischer Kapitalpuffer .....	437
§ 10e Kapitalpuffer für systemische Risiken .....	445
§ 10f Kapitalpuffer für global systemrelevante Institute .....	455
§ 10g Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute .....	464
§ 10h Zusammenwirken der Kapitalpuffer für systemische Risiken, für global systemrelevante Institute und für anderweitig systemrelevante Institute .....	475
§ 10i Kombinierte Kapitalpuffer-Anforderung .....	478
§ 11 Liquidität .....	486
§ 12 (aufgehoben) .....	514
§ 12a Begründung von Unternehmensbeziehungen .....	514
<b>2. Kreditgeschäft</b>	
§ 13 Großkredite; Verordnungsermächtigung .....	523
§§ 13a und 13b (aufgehoben) .....	537
§ 13c Gruppeninterne Transaktionen mit gemischten Holdinggesellschaften .....	537
§ 13d (aufgehoben) .....	543
§ 14 Millionenkredite .....	543
§ 15 Organkredite .....	563
§ 16 (aufgehoben) .....	583
§ 17 Haftungsbestimmung .....	583
§ 18 Kreditunterlagen .....	585
§ 18a Verbraucherdarlehen und entgeltliche Finanzierungshilfen; Verordnungsermächtigung .....	600
§ 18b (aufgehoben) .....	615
§ 19 Begriff des Kredits für § 14 und des Kreditnehmers für die §§ 14, 15 und 18 ..	615
§ 20 Ausnahmen von den Verpflichtungen nach § 14 .....	643
§§ 20a-c (aufgehoben) .....	646
§ 21 Begriff des Kredits für die §§ 15 bis 18 .....	646
§ 22 Verordnungsermächtigung für Millionenkredite .....	677
<b>2a. Refinanzierungsregister</b>	
Vorbemerkung zu §§ 22a–22o .....	679
§ 22a Registerführendes Unternehmen .....	683
§ 22b Führung des Refinanzierungsregisters für Dritte .....	692
§ 22c Refinanzierungsmittler .....	695
§ 22d Refinanzierungsregister .....	695
§ 22e Bestellung des Verwalters .....	701
§ 22f Verhältnis des Verwalters zur Bundesanstalt .....	705
§ 22g Aufgaben des Verwalters .....	706
§ 22h Verhältnis des Verwalters zum registerführenden Unternehmen und zum Refinanzierungsunternehmen .....	707

# Inhaltsverzeichnis

§ 22i Vergütung des Verwalters .....	709
§ 22j Wirkungen der Eintragung in das Refinanzierungsregister .....	710
§ 22k Beendigung und Übertragung der Registerführung .....	718
§ 22l Bestellung des Sachwalters bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	721
§ 22m Bekanntmachung der Bestellung des Sachwalters .....	723
§ 22n Rechtsstellung des Sachwalters .....	725
§ 22o Bestellung des Sachwalters bei Insolvenzgefahr .....	728

## 3. Kundenrechte

§ 22p (aufgehoben) .....	730
--------------------------	-----

## 4. Werbung und Hinweispflicht der Institute

§ 23 Werbung .....	730
§ 23a Sicherungseinrichtung .....	738

## 5. Besondere Pflichten der Institute, ihrer Geschäftsleiter sowie der Finanzholding-Gesellschaften, der gemischten Finanzholding-Gesellschaften und der gemischten Holdinggesellschaften

§ 24 Anzeigen .....	747
§ 24a Errichtung einer Zweigniederlassung und Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen in anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums .....	766
§ 24b Teilnahme an Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen sowie interoperablen Systemen .....	780
§ 24c Automatisierter Abruf von Kontoinformationen .....	789
§ 25 Finanzinformationen, Informationen zur Risikotragfähigkeit; Verordnungsermächtigung .....	805
§ 25a Besondere organisatorische Pflichten von Instituten, Bestimmungen für Risikoträger; Verordnungsermächtigung .....	816
§ 25b Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen; Verordnungsermächtigung .....	877
§ 25c Geschäftsleiter .....	897
§ 25d Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan .....	924
§ 25e Anforderungen bei vertraglich gebundenen Vermittlern .....	957
§ 25f Besondere Anforderungen an die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation von CRR-Kreditinstituten sowie von Institutgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen, denen ein CRR-Kreditinstitut angehört; Verordnungsermächtigung .....	961

## 5a. Bargeldloser Zahlungsverkehr; Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen zu Lasten der Institute

§ 25g Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr .....	965
§ 25h Interne Sicherungsmaßnahmen .....	979
§ 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld .....	1016
§ 25j Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung .....	1025
§ 25k Verstärkte Sorgfaltspflichten .....	1028
§ 25l Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften .....	1031
§ 25m Verbotene Geschäfte .....	1032
§ 25n Einstufung als bedeutendes Institut .....	1035

## 5b. Vorlage von Rechnungslegungsunterlagen

§ 26 Vorlage von Jahresabschluß, Lagebericht und Prüfungsberichten .....	1043
--	------

## 5c. Offenlegung

§ 26a Offenlegung durch die Institute .....	1060
---	------

# Inhaltsverzeichnis

## 6. Prüfung und Prüferbestellung

§ 27 (aufgehoben) .....	1082
§ 28 Bestellung des Prüfers in besonderen Fällen .....	1082
§ 29 Besondere Pflichten des Prüfers .....	1088
§ 30 Bestimmung von Prüfungsinhalten .....	1122

## 7. Befreiungen

§ 31 Befreiungen; Verordnungsermächtigung .....	1123
---	------

### Dritter Abschnitt. Vorschriften über die Beaufsichtigung der Institute

#### 1. Zulassung zum Geschäftsbetrieb

§ 32 Erlaubnis .....	1130
§ 33 Versagung der Erlaubnis .....	1162
§ 33a Aussetzung oder Beschränkung der Erlaubnis bei Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union .....	1187
§ 33b Anhörung der zuständigen Stellen eines anderen Staates des Europäischen Wirtschaftsraums .....	1188
§ 34 Stellvertretung und Fortführung bei Todesfall .....	1189
§ 35 Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis .....	1194
§ 36 Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans .....	1215
§ 36a Tätigkeitsverbot für natürliche Personen .....	1235
§ 37 Einschreiten gegen unerlaubte oder verbotene Geschäfte .....	1241
§ 38 Folgen der Aufhebung und des Erlöschens der Erlaubnis, Maßnahmen bei der Abwicklung .....	1251

#### 2. Bezeichnungsschutz

§ 39 Bezeichnungen „Bank“ und „Bankier“ .....	1261
§ 40 Bezeichnung „Sparkasse“ .....	1270
§ 41 Ausnahmen .....	1273
§ 42 Entscheidung der Bundesanstalt .....	1277
§ 43 Registervorschriften .....	1279

#### 3. Auskünfte und Prüfungen

§ 44 Auskünfte und Prüfungen von Instituten, Anbietern von Nebendienstleistungen, Finanzholding-Gesellschaften, gemischten Finanzholding-Gesellschaften und anderen Unternehmen .....	1297
§ 44a Grenzüberschreitende Auskünfte und Prüfungen .....	1310
§ 44b Auskünfte und Prüfungen bei Inhabern bedeutender Beteiligungen .....	1314
§ 44c Verfolgung unerlaubter Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen .....	1316

#### 4. Maßnahmen in besonderen Fällen

§ 45 Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität ..	1326
§ 45a Maßnahmen gegenüber Finanzholding-Gesellschaften und gemischten Finanzholding-Gesellschaften .....	1345
§ 45b Maßnahmen bei organisatorischen Mängeln .....	1350
§ 45c Sonderbeauftragter .....	1354
§ 46 Maßnahmen bei Gefahr .....	1366
§ 46a Untersagungs- und Anordnungsbefugnis bei Verwenden externer Ratings ....	1388
§ 46b Insolvenzantrag .....	1391
§ 46c Insolvenzzrechtliche Fristen und Haftungsfragen .....	1399
Vorbemerkung zu §§ 46d-f .....	1400
§ 46d Unterrichtung der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums über Sanierungsmaßnahmen .....	1406



# Inhaltsverzeichnis

§ 46e Insolvenzverfahren in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums .....	1415
§ 46f Unterrichtung der Gläubiger im Insolvenzverfahren und Insolvenzzrangfolge ..	1426
§ 46g Moratorium, Einstellung des Bank- und Börsenverkehrs .....	1434
§ 46h Wiederaufnahme des Bank- und Börsenverkehrs .....	1439
§ 47 Anordnungsbefugnis nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 .....	1441
§ 48 Maßnahmen bei Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2017/2402 .....	1445

## 4a. Maßnahmen gegenüber Kreditinstituten bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems

§§ 48a–48s (aufgehoben) .....	1452
§ 48t Maßnahmen zur Begrenzung makroprudenzieller oder systemischer Risiken ..	1452
§ 48u Maßnahmen zur Begrenzung makroprudenzieller Risiken im Bereich der Darlehensvergabe zum Bau oder zum Erwerb von Wohnimmobilien; Verordnungsermächtigung .....	1459

## 5. Vollziehbarkeit, Zwangsmittel, Umlage und Kosten

§ 49 Sofortige Vollziehbarkeit .....	1470
§ 50 (aufgehoben) .....	1475
§ 51 Umlage und Kosten .....	1475

## Vierter Abschnitt. Besondere Vorschriften für für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung

§ 51a Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung .....	1482
§ 51b Anforderungen an die Liquidität für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung .....	1491
§ 51c Sonstige Sondervorschriften für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtungen .....	1494

## Fünfter Abschnitt. Sondervorschriften

§ 52 Sonderaufsicht .....	1498
§ 52a Verjährung von Ansprüchen gegen Organmitglieder von Kreditinstituten .....	1500
§ 53 Zweigstellen von Unternehmen mit Sitz im Ausland .....	1501
§ 53a Repräsentanzen von Instituten mit Sitz im Ausland .....	1517
§ 53b Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums .....	1520
§ 53c Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat; Verordnungsermächtigung .....	1548
§ 53d Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat .....	1552

## Sechster Abschnitt. Sondervorschriften für zentrale Gegenparteien und Zentralverwahrer

### 1. Zentrale Gegenparteien

§ 53e Inhaber bedeutender Beteiligungen .....	1555
§ 53f Aufsichtskollegien .....	1556
§ 53g Finanzmittelausstattung von zentralen Gegenparteien .....	1559
§ 53h Liquidität .....	1561
§ 53i Gewährung des Zugangs nach den Artikeln 7 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 .....	1563
§ 53j Anzeigen; Verordnungsermächtigung .....	1563
§ 53k Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen .....	1566
§ 53l Anordnungsbefugnis; Maßnahmen bei organisatorischen Mängeln .....	1566
§ 53m Inhalt des Zulassungsantrags .....	1567
§ 53n Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzmittel und der Liquidität einer nach der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zugelassenen zentralen Gegenpartei .....	1569

# Inhaltsverzeichnis

## 2. Zentralverwahrer

§ 53o Anträge nach der Verordnung (EU) Nr. 909/2014; Verschwiegenheitspflicht ..	1578
§ 53p Anordnungsbefugnis für die Aufsicht nach der Verordnung (EU) Nr. 909/ 2014 .....	1579
§ 53q Eigentumsrechte an Zentralverwahrern .....	1580

### Siebter Abschnitt. Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften

§ 54 Verbotene Geschäfte, Handeln ohne Erlaubnis .....	1582
§ 54a Strafvorschriften .....	1589
§ 55 Verletzung der Pflicht zur Anzeige der Zahlungsunfähigkeit oder der Über- schuldung .....	1596
§ 55a Unbefugte Verwertung von Angaben über Millionenkredite .....	1597
§ 55b Unbefugte Offenbarung von Angaben über Millionenkredite .....	1597
§ 56 Bußgeldvorschriften .....	1600
§ 57 (weggefallen) .....	1635
§ 58 (weggefallen) .....	1635
§ 59 Geldbußen gegen Unternehmen .....	1635
§ 60 Zuständige Verwaltungsbehörde .....	1636
§ 60a Beteiligung der Bundesanstalt und Mitteilungen in Strafsachen .....	1636
§ 60b Bekanntmachung von Maßnahmen .....	1638
§ 60c Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 909/2014, die Verordnung (EU) 2015/2365, die Ver- ordnung (EU) 2016/1011 oder die Verordnung (EU) 2017/2402 .....	1643
§ 60d Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen gegen Wertpapierdienst- leistungsunternehmen und Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten .....	1645

### Achter Abschnitt. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 61 Erlaubnis für bestehende Kreditinstitute .....	1648
§ 62 Überleitungsbestimmungen .....	1648
§ 63 (Aufhebung und Änderung von Rechtsvorschriften) .....	1649
§ 63a Sondervorschriften für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet .....	1649
§ 64 Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost .....	1650
§§ 64a–d (aufgehoben) .....	1650
§ 64e Übergangsvorschriften zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen .....	1650
§ 64f Übergangsvorschriften zum Vierten Finanzmarktförderungsgesetz .....	1653
§ 64g Übergangsvorschriften zum Finanzkonglomeraterichtlinie-Umsetzungsgesetz ..	1654
§ 64h Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Banken- richtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie .....	1658
§ 64i Übergangsvorschriften zum Finanzmarkttrichtlinie-Umsetzungsgesetz .....	1660
§ 64j Übergangsvorschriften zum Jahressteuergesetz 2009 .....	1664
§ 64k Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie ..	1666
§ 64l Übergangsvorschrift zur Erlaubnis für die Anlageverwaltung .....	1666
§ 64m Übergangsvorschrift zum Brexit-Steuerbegleitgesetz .....	1668
§ 64n Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Novellierung des Finanzvermittler- und Vermögensanlagenrechts .....	1671
§ 64o Übergangsvorschriften zum EMIR-Ausführungsgesetz .....	1671
§ 64p Übergangsvorschrift zum Hochfrequenzhandelsgesetz .....	1674
§ 64q Übergangsvorschrift zum AIFM-Umsetzungsgesetz .....	1675
§ 64r Übergangsvorschriften zum CRD IV-Umsetzungsgesetz .....	1675
§ 64s Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Pla- nung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten .....	1686
§ 64t Übergangsvorschrift zur Verordnung (EU) Nr. 1060/2009 .....	1687
§ 64u Übergangsvorschrift zum BRRD-Umsetzungsgesetz .....	1687
§ 64v Übergangsvorschriften zum Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetz .....	1687

# Inhaltsverzeichnis

§ 64w	Übergangsregelung zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz .....	1690
§ 64x	Übergangsvorschrift zum Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz .....	1691
§ 64y	Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie .....	1694
§ 65	(Inkrafttreten) .....	1695

## **Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz – ZAG)**

### **Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften**

#### **Unterabschnitt 1. Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich, Aufsicht**

§ 1	Begriffsbestimmungen .....	1697
§ 2	Ausnahmen; Verordnungsermächtigung .....	1744
§ 3	Für Institute zugelassene Tätigkeiten und verbotene Geschäfte .....	1767
§ 4	Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt; Entscheidung in Zwei- felsfällen .....	1776
§ 5	Zusammenarbeit mit anderen Behörden .....	1779
§ 6	Verschwiegenheitspflicht .....	1780

#### **Unterabschnitt 2. Durchsetzung des Erlaubnisvorbehalts**

§ 7	Einschreiten gegen unerlaubte Zahlungsdienste und E-Geld-Geschäfte .....	1781
§ 8	Verfolgung unerlaubter Zahlungsdienste und E-Geld-Geschäfte .....	1786

#### **Unterabschnitt 3. Sofortige Vollziehbarkeit**

§ 9	Sofortige Vollziehbarkeit .....	1791
-----	---------------------------------	------

### **Abschnitt 2. Erlaubnis; Inhaber bedeutender Beteiligungen**

#### **Unterabschnitt 1 Erlaubnis**

§ 10	Erlaubnis für das Erbringen von Zahlungsdiensten; Verordnungsermächtigung .....	1792
§ 11	Erlaubnis für das Betreiben von E-Geld-Geschäften; Verordnungsermächtigung .....	1808
§ 12	Versagung der Erlaubnis .....	1812
§ 13	Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis .....	1820

#### **Unterabschnitt 2. Inhaber bedeutender Beteiligungen**

§ 14	Inhaber bedeutender Beteiligungen; Verordnungsermächtigung .....	1824
------	--	------

#### **Abschnitt 3. Eigenmittel, Absicherung im Haftungsfall**

§ 15	Eigenmittel; Verordnungsermächtigung .....	1828
§ 16	Absicherung für den Haftungsfall für Zahlungsauslösedienste; Verordnungsermächtigung .....	1834

#### **Abschnitt 4. Sicherungsanforderungen**

§ 17	Sicherungsanforderungen für die Entgegennahme von Geldbeträgen im Rahmen der Erbringung von Zahlungsdiensten und des Betriebens des E-Geld-Geschäfts .....	1838
§ 18	Sicherungsanforderungen für die Entgegennahme von Geldbeträgen für die Ausgabe von E-Geld .....	1839

#### **Abschnitt 5. Vorschriften über die laufende Beaufsichtigung von Instituten**

§ 19	Auskünfte und Prüfungen .....	1845
§ 20	Abberufung von Geschäftsleitern und Mitgliedern des Verwaltungs- und Aufsichtsorgans, Übertragung von Organbefugnissen auf Sonderbeauftragte .....	1846
§ 21	Maßnahmen in besonderen Fällen und Insolvenzantrag .....	1847

# Inhaltsverzeichnis

§ 22	Vorlage von Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsberichten .....	1850
§ 23	Anzeigepflicht bei Bestellung des Abschlussprüfers, Bestellung in besonderen Fällen .....	1851
§ 24	Besondere Pflichten des Prüfers; Verordnungsermächtigung .....	1852
§ 25	Inanspruchnahme von Agenten, Verordnungsermächtigung .....	1854
§ 26	Auslagerung .....	1858
§ 27	Organisationspflichten .....	1861
§ 28	Anzeigen; Verordnungsermächtigung .....	1872
§ 29	Monatsausweise; Verordnungsermächtigung .....	1875
§ 30	Aufbewahrung von Unterlagen .....	1876

## **Abschnitt 6. Sondervorschriften für das E-Geld-Geschäft und den Vertrieb und die Rücktauschbarkeit**

§ 31	Verbot der Ausgabe von E-Geld über andere Personen .....	1878
§ 32	Vertrieb und Rücktausch von E-Geld durch E-Geld-Agenten .....	1878
§ 33	Verpflichtungen des E-Geld-Emittenten bei der Ausgabe und dem Rücktausch von E-Geld .....	1880

## **Abschnitt 7. Sonderbestimmungen für Kontoinformationsdienste**

§ 34	Registrierungspflicht; Verordnungsermächtigung .....	1884
§ 35	Versagung der Registrierung .....	1890
§ 36	Absicherung für den Haftungsfall; Verordnungsermächtigung .....	1891
§ 37	Erlöschen und Aufhebung der Registrierung .....	1893

## **Abschnitt 8. Europäischer Pass, Zweigniederlassung und grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr, Zweigstellen aus Drittstaaten**

§ 38	Errichten einer Zweigniederlassung, grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr durch inländische Institute .....	1896
§ 39	Errichten einer Zweigniederlassung, grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr von Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums .....	1900
§ 40	Berichtspflicht .....	1906
§ 41	Zentrale Kontaktperson; Verordnungsermächtigung .....	1906
§ 42	Zweigstellen von Unternehmen mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums .....	1907

## **Abschnitt 9. Register**

§ 43	Zahlungsinstituts-Register .....	1909
§ 44	E-Geld-Instituts-Register .....	1910

## **Abschnitt 10. Gemeinsame Bestimmungen für alle Zahlungsdienstleister**

### **Unterabschnitt 1. Kartengebundene Zahlungsinstrumente**

§ 45	Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters .....	1912
§ 46	Rechte und Pflichten des kartenausgebenden Zahlungsdienstleisters .....	1914
§ 47	Ausnahme für E-Geld-Instrumente .....	1916

### **Unterabschnitt 2. Zugang von Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienstleistern zu Zahlungskonten**

§ 48	Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters bei Zahlungsauslösediensten .....	1916
§ 49	Pflichten des Zahlungsauslösedienstleisters .....	1918
§ 50	Pflichten des kontoführenden Zahlungsdienstleisters bei Kontoinformationsdiensten .....	1921
§ 51	Pflichten des Kontoinformationsdienstleisters .....	1923

# Inhaltsverzeichnis

§ 52	Zugang zu Zahlungskonten .....	1925
<b>Unterabschnitt 3. Risiken und Meldung von Vorfällen</b>		
§ 53	Beherrschung operationeller und sicherheitsrelevanter Risiken .....	1927
§ 54	Meldung schwerwiegender Betriebs- oder Sicherheitsvorfälle .....	1928
<b>Unterabschnitt 4. Starke Kundenauthentifizierung</b>		
§ 55	Starke Kundenauthentifizierung .....	1931
<b>Unterabschnitt 5. Zugang zu Konten und Zahlungssystemen</b>		
§ 56	Zugang zu Zahlungskontodiensten bei CRR-Kreditinstituten .....	1937
§ 57	Zugang zu Zahlungssystemen .....	1939
§ 58	Aufgaben der Bundesanstalt bei Kartenzahlverfahren, Ausnahmen für neue Zahlverfahren im Massenzahlungsverkehr; Verordnungsermächtigung .....	1945
<b>Unterabschnitt 5a. Technische Infrastrukturleistungen</b>		
§ 58a	Zugang zu technischen Infrastrukturleistungen bei der Erbringung von Zahlungsdiensten oder dem Betreiben des E-Geld-Geschäfts .....	1946
<b>Abschnitt 11. Datenschutz</b>		
§ 59	Datenschutz .....	1952
<b>Abschnitt 12. Beschwerden und Außergerichtliche Streitbeilegung</b>		
§ 60	Beschwerden über Zahlungsdienstleister .....	1955
§ 61	Beschwerden über E-Geld-Emittenten .....	1957
§ 62	Streitbeilegung bei einem Zahlungsdienstleister .....	1959
<b>Abschnitt 13. Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften</b>		
§ 63	Strafvorschriften .....	1964
§ 64	Bußgeldvorschriften .....	1964
§ 65	Mitteilung in Strafsachen .....	1966
<b>Abschnitt 14. Übergangsvorschriften</b>		
§ 66	Übergangsvorschriften für Zahlungsinstitute, die bereits über eine Erlaubnis verfügen .....	1967
§ 67	Übergangsvorschriften für E-Geld-Institute, die bereits über eine Erlaubnis verfügen .....	1968
§ 68	Übergangsvorschriften für bestimmte Zahlungsdienste und für die starke Kundenauthentifizierung .....	1968
<b>Sachregister</b>	.....	1971